



Niederschrift

66. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses

Sitzungstermin:	Mittwoch, 28.03.2007
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	20:20 Uhr
Ort, Raum:	Stadthaus, R. 280 a

Anwesend sind:

Herr Jakobs, Jann	Oberbürgermeister	
Herr Dr. Gunold, Klaus-Uwe	DIE LINKE. PDS	
Frau Müller, Birgit	DIE LINKE. PDS	
Frau Dr. Müller, Sigrid	DIE LINKE. PDS	
Herr Dr. Scharfenberg, Hans-Jürgen	DIE LINKE. PDS	
Frau Dr. Schröter, Karin	DIE LINKE. PDS	ab 17:20 Uhr
Frau Knoblich, Hannelore	SPD	
Herr Mühlberg, Andreas	SPD	ab 18:03 Uhr
Herr Schubert, Mike	SPD	
Herr Bretz, Steeven	CDU	
Herr Cornelius, Wolfgang	CDU	
Herr Heinzl, Horst	CDU	
Frau Bankwitz, Ute	BürgerBündnis/FDP	ab 17:30 Uhr
Herr Gohlke, Dieter	FAMILIEN-PARTEI	
Herr Brödnö, Sven	Die Andere	

Nicht anwesend sind:

Frau Paulsen, Bettina	CDU	entschuldigt
Frau Hüneke, Saskia	Bündnis 90/Die Grünen	entschuldigt
Herr Schüler, Peter	Bündnis 90/Die Grünen	entschuldigt
Frau Kirchner, Irene	Die Andere	entschuldigt

Gäste:

Herr Exner, GB 1
Frau Fischer, GB 2
Frau E. Müller, GB 3
Frau Dr. von Kuick-Frenz, GB 4
Herr Prof. Vielhaber, FH und Frau Dr. Leinkauf
Herr Böhme und Herr Buchholz, Stadtwerke Potsdam
Herr Schütt, IHK
Herr Marshall, Polizeipräsidium
Herr Wendl und Herr Klünder, Bereich Wirtschaftsförderung
Herr Richter, KIS
Herr Dr. Pokorny, SB Verwaltungsmanagement
Frau Kluge, FB Ordnung und Sicherheit
Herrn Schweers, FB Jugendamt
Herr Weise, Geschäftsstelle Stadtentwicklung und Bauen
Herr Goetzmann, FB Stadtplanung und Bauordnung
Herr Lehmann, FB Stadterneuerung und Denkmalpflege
Herr Jetschmanegg, Büro des Oberbürgermeisters
Frau Ziegenbein, Schriftführerin

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung sowie der Beschlussfähigkeit, Bestätigung der Tagesordnung, Bestätigung des Protokolls vom 28.02.2007

- 2 Bürgerbeteiligung bei Großprojekten
Vorlage: 06/SVV/0988
Fraktion Die Andere
(neue Textfassung vom 06.03.2007)

- 3 Fläche Freizeitbad
Vorlage: 07/SVV/0061
Fraktion DIE LINKE. PDS

- 4 ÖKO-Tarif
Vorlage: 07/SVV/0086
Fraktion SPD

- 5 Fortschreibung des Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes
Vorlage: 07/SVV/0111
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung

- 6 Konsequenzen aus fehlerhaftem Gutachten
Vorlage: 07/SVV/0114
Fraktion Die Andere

- 7 Garagenstandortkonzept (GSK)
Vorlage: 07/SVV/0122
Fraktion SPD

- 8 Antidiskriminierungsvereinbarung
Vorlage: 07/SVV/0123
Fraktion SPD

- 9 Integriertes Stadtentwicklungskonzept (INSEK)
Vorlage: 07/SVV/0141
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung

- 10 Straßenumbenennungen im Zuge der Gemeindegebietsreform
Vorlage: 07/SVV/0217
Oberbürgermeister, FB Ordnung und Sicherheit

- 11 Mitteilungen der Verwaltung

- 11.1 Umsetzungskonzept zur Leitlinie Familienpolitik und Familienpass
Vorlage: 07/SVV/0046

- Oberbürgermeister, FB Jugendamt
- 11.2 Petitionen, jahresmäßige Zusammenfassung
Vorlage: 07/SVV/0109
Oberbürgermeister, GB Zentrale Steuerung und Service
- 11.3 11. Beteiligungsbericht der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 07/SVV/0110
Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen
- 11.4 Bericht zur Stadtentwicklung und Stadterneuerung
Vorlage: 07/SVV/0145
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung und FB Stadterneuerung und Denkmalpflege
- 11.5 Einschätzung des Wirtschaftsförderkonzeptes
Vorlage: 07/SVV/0157
Oberbürgermeister
- 11.6 Information über die Beratung mit den Ortsbürgermeistern
- 11.7 Informationen zum G 8 - Gipfel
- 11.8 Information zu Ordnungsbehördlichen Verordnungen der Landeshauptstadt Potsdam über mögliche Verkaufszeiten an - 1. Sonntagen aus Anlass besonderer Ereignisse für das Jahr 2007 sowie 2. Sonn- und Feiertagen zur Erfüllung besonderer Einkaufsbedürfnisse insbesondere von Touristen
- 12 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

- zu 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung sowie der Beschlussfähigkeit, Bestätigung der Tagesordnung, Bestätigung des Protokolls vom 28.02.2007**
Der Oberbürgermeister begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest (zu Beginn der Sitzung sind 11 Mitglieder des Hauptausschusses anwesend).

Zur Tagesordnung schlägt der Oberbürgermeister vor, zu Beginn der Sitzung eine kurze Information und Auswertung zur Bewerbung Potsdams als Stadt der Wissenschaft vorzunehmen. Unter dem Tagesordnungspunkt „Mitteilungen der Verwaltung“ werde er zur Kritik durch Günther Jauch an der Bauverwaltung Stellung nehmen und seinen Vorschlag für eine Sondersitzung der Stadtverordnetenversammlung begründen. Gegen die Vorschläge zur Erweiterung der Tagesordnung erhebt sich kein Widerspruch. Die Tagesordnung des öffentlichen Teils wird mit diesen Änderung bestätigt.

Zum Protokoll des öffentlichen Teils der 65. Sitzung vom 28.02.2007 merkt Herr

Bretz an, dass auf der Seite 6, TOP 6, Punkt 3, 1. Absatz richtig lauten müsse „ ... ist die rückwirkende Beitragssatzung ... KAG **nichtig.**“ Weitere Hinweise oder Änderungen gibt ; das Protokoll wird mit diesem Hinweis mit Stimmenmehrheit, bei 3 Stimmenthaltungen, bestätigt.

neu Auswertung zur Bewerbung Potsdams als „Stadt der Wissenschaft“

Zur genannten Bewerbung, so der Oberbürgermeister, sei festzustellen, dass das Scheitern Potsdams nicht am Konzept gelegen habe. Beide Konzepte seien mit einer ähnlich hohen Punktzahl (7,6 und 7,8) bewertet worden. Ebenso wenig habe es an der Präsentation gelegen, die sehr „solide“ erfolgte. Nachteilig sei vielleicht die nicht eindeutig ausgerichtete Wissenschaftslandschaft Potsdams gegenüber Jena gewesen und ein Mehr an Berührungspunkten, die Jena mit der Wirtschaft habe. Insofern wurde Potsdam ein Stückweit der Spiegel vorgehalten, um zukünftig die Vielfältigkeit der Wissenschaftslandschaft besser darzustellen. Geplant sei eine Klausurtagung mit allen beteiligten Akteuren, um Schlussfolgerungen zu ziehen und Strategien für die Zukunft zu entwerfen sowie die nicht erfolgreiche Bewerbung als Chance zu begreifen. Er sei zuversichtlich, dass das gelingen werde. Viele Projekte seien aufgelegt worden, die nicht nur auf die Bewerbung ausgerichtet seien, sondern auf Potsdam als Stadt der Wissenschaft, auch ohne den Titel. Der Oberbürgermeister bittet Prof. Vielhaber, seine Einschätzung vorzutragen. Dieser betont, dass er die Präsentation Potsdams absolut überzeugend fand. Sicher sei die Herangehensweise beider Städte unterschiedlich gewesen, was auch legitim sei. Allerdings habe ihn die Bewertung der Jury dann erstaunt. Herr Prof. Vielhaber spricht sich gegen eine dritte Bewerbung Potsdams aus und empfiehlt, sich auf die Umsetzung einzelner Punkte zu konzentrieren, was natürlich von den bereitstehenden finanziellen Mitteln abhängt. Herr Dr. Scharfenberg führt aus, dass er gehört habe, Jena hätte in allen 10 Themenfeldern „vorn gelegen“. Die Schlussfolgerungen seien durch den Oberbürgermeister „sehr schön“ zusammengefasst worden und jetzt komme es darauf an, das auch wirklich so zu tun. Auch er spricht sich gegen eine dritte Bewerbung aus und plädiert dafür deutlich zu machen, „dass wir das tun, weil wir das wirklich wollen und davon überzeugt sind“. Herr Bretz stellt fest, dass am Ende immer der Erfolg zählt. Man könne sich „gut finden“, aber den Titel habe Potsdam trotzdem nicht. Die angedachte Klausurtagung halte er für die richtige Variante und er fragt nach, ob die Bewerbung in der Stadt zu wenig publik gemacht wurde – zu wenig in die Öffentlichkeit getragen wurde und auch das zum Scheitern der Bewerbung beigetragen haben könnte. Er bittet, die Ergebnisse der Klausurtagung den Fraktionen zuzuleiten.

Der Oberbürgermeister entgegnet, dass es schwer sei, „alle“ zu begeistern. Sicher hätte man die Bewerbung „breiter streuen“ können; durch die Medien sei dies jedoch gut begleitet worden. Wichtig sei jetzt, die Vorhaben zur Kenntnis zu geben, „die Menschen mitzunehmen und auch eine breite Beteiligung der Stadtverordneten, bis hin zu dem einen oder anderen Beschluss“.

Herr Schubert fragt nach, ob in die Klausurtagung auch das Denkhaus mit einbezogen werde, da er meine, man habe bereits genug Schwerpunkte. Das bestätigt der Oberbürgermeister – man müsse sich Gedanken machen, wie die Wissenschaft in der Innenstadt „verankert“ werden könne. Da dies eine große Maßnahme sei, so Herr Schubert, bitte er, die Fraktionen frühzeitig „mitzunehmen“. Herr Dr. Scharfenberg betont, dass er für diese Äußerungen von Herrn Schubert kein Verständnis habe, gerade das sei eine der zu ziehenden Schlussfolgerungen. Herr Heinzel erinnert an seine Bedenken, dass die Potsdamerinnen und Potsdamer nicht genug mitgenommen und das Konzept nicht getragen wurde. Seine Befürchtungen hätten sich nun bestätigt.

Frau Knoblich stellt abschließend fest, dass sie der Diskussion so nicht zustimmen könne, denn die Präsentation war exzellent. Auch sie hätte die Bewertung verwundert und sie habe Jena zum Teil als zu stimmig und provinziell empfunden. Jetzt sollte man sicher Schlussfolgerungen ziehen und in Klausur gehen, aber auch stolz auf das Erreichte sein.

zu 2 **Bürgerbeteiligung bei Großprojekten**
Vorlage: 06/SVV/0988

Herr Brödno bringt die neue Fassung der o.g. Drucksache ein und spricht sich gegen den vorliegenden Änderungsantrag der Verwaltung aus.

Der Oberbürgermeister verweist auf die bereits im Januar erfolgte Beratung des Antrags im Hauptausschuss, in deren Rahmen der jetzt wieder vorliegende Änderungsantrag der Verwaltung bereits besprochen und mehrheitlich angenommen wurde. Auch mit der jetzt vorliegenden neuen Fassung der DS 06/SVV/0988 sollte dieser wiederum debattiert werden.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, stellt der Oberbürgermeister den Änderungsantrag der Verwaltung mit folgendem Wortlaut zur Abstimmung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Im Sinne der Entwicklung Potsdams zu einer Bürgerkommune soll die konsultative und informelle Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an wichtigen kommunalen Entscheidungen als ergänzendes Demokratieelement schrittweise weiter ausgebaut werden.
2. Bereits im Jahr 2007 soll diese Zielstellung durch ein erweitertes Verfahren zum Bürgerhaushalt 2008 und eine intensive Bürgerbeteiligung bei der Fortschreibung des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes umgesetzt werden.
3. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dem Hauptausschuss Anfang 2008 eine Evaluierung der Beteiligungsprozesse als Grundlage für weiterführende Entscheidungen zur Optimierung und/oder Ausweitung der Bürgerbeteiligung vorzulegen.
4. Der Oberbürgermeister wird gebeten, sich in Bezug auf die Novellierung der Gemeindeordnung für eine rechtliche Absicherung der freiwilligen Bürgerbeteiligung und insbesondere der Bürgerbefragung als Instrument der Kommunalpolitik einzusetzen.

Diese Änderung des Beschlusstextes wird mit 10 Ja-Stimmen, bei 1 Gegenstimme angenommen.

Damit hat sich eine Abstimmung der neuen Fassung der DS 06/SVV/0988 erübrigt.

zu 3 **Fläche Freizeitbad**
Vorlage: 07/SVV/0061

Herr Dr. Scharfenberg bringt die Vorlage ein. Anschließend bittet Herr Schubert um die Meinung der Stadtwerke, was diesbezüglich möglich ist. Frau Bankwitz fragt die Antragstellerin, ob die Fläche der ehemaligen Gaststätte „Minsk“ mit einbezogen werden soll, da die Stadtwerke diese ja mit erworben habe. Herr Dr. Scharfenberg entgegnet, dass er sich dazu nicht festlegen wolle, den Stand des

Projektes können nur der Oberbürgermeister und die Stadtwerke einschätzen. Der Oberbürgermeister betont, dass er sich zum Stand des Projekts nicht äußern werde, aber davon ausgehe, dass das Anliegen des Antrags mit dem geringst möglichen und notwendigen Aufwand erfüllt werde. Herr Böhme führt aus, dass ein Abriss des ehemaligen „Minsk“ erst mit Förderbescheid und den entsprechenden Beschlüssen der StVV erfolgen könne. Anschließend spricht sich der Oberbürgermeister gegen den Vorschlag von Frau Bankwitz aus, einen vorfristigen Maßnahmebeginn zu beantragen. Er hoffe, dass die Entscheidung zum Freizeitbad nicht mehr allzu lange auf sich warten lasse.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass die für das Freizeitbad vorgesehene Fläche am Brauhausberg in einen ordentlichen Zustand versetzt wird.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 13
Ablehnung: /
Stimmenthaltung: 1

zu 4

ÖKO-Tarif

Vorlage: 07/SVV/0086

Herr Schubert bringt die Vorlage ein. Seitens der Stadtwerke nimmt Herr Buchholz zu dem Antrag Stellung und kündigt an, dass aufgrund der verstärkten Nachfrage ab 01.07.07 Öko-Strom im Angebot sein werde. Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt der Oberbürgermeister die Vorlage zur Abstimmung:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert darauf hinzuwirken, dass die EWP ihren Kunden einen Öko-Tarif anbietet, der sich durch die Nutzung ausschließlich erneuerbarer Energiequellen auszeichnet.

Dieser soll als Wahlmöglichkeit neben dem Standardtarif bestehen.

Abstimmungsergebnis:

mit Stimmenmehrheit **angenommen**,
bei 1 Stimmenthaltung.

zu 5

Fortschreibung des Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes

Vorlage: 07/SVV/0111

Der Oberbürgermeister informiert, dass der Ausschuss für Stadtplanung und Bauen dem vorliegenden Antrag mehrheitlich zugestimmt habe. Diskussionsbedarf besteht nicht und die Vorlage wird zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Die vorliegende Aufgabenstellung für die Fortschreibung des Einzelhandels- und

Zentrenkonzeptes wird zur Grundlage der Aufforderung zur Angebotsabgabe gemacht.

Das Konzept soll bis Ende 2007 vorliegen und die Leitlinien der zukünftigen Einzelhandelsentwicklung in der Landeshauptstadt bestimmen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 12

Ablehnung: /

Stimmenthaltung: 2

zu 6 Konsequenzen aus fehlerhaftem Gutachten
Vorlage: 07/SVV/0114

Herr Brödno bringt die Vorlage ein. Der Oberbürgermeister informiert, dass der vorliegende Antrag im Ausschuss für Finanzen abgelehnt wurde. Diskussionsbedarf besteht nicht; die Vorlage wird zur Abstimmung gestellt:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister und die Vertreter/innen der Stadt Potsdam in den Gremien der städtischen Betriebe werden beauftragt, sicherzustellen

- dass das Büro FGS (Forschungs- u. Planungsgruppe Stadt und Verkehr, Berlin) keine weiteren Aufträge durch die Stadt Potsdam bzw. städtische Betriebe erhält
- zu prüfen, ob das Honorar für die fehlerhafte Kosten/Nutzen-Untersuchung (KNU) für das Projekt Tram- und Fußgängerbrücke zwischen Hauptbahnhof und Platz der Einheit vom 03.11.2005 gekürzt, verweigert oder zurückgefordert werden kann.

Abstimmungsergebnis:

mit Stimmenmehrheit **abgelehnt**;

bei 1 Stimmenthaltung.

Damit empfiehlt der Hauptausschuss der Stadtverordnetenversammlung, den o.g. Antrag **abzulehnen**.

zu 7 Garagenstandortkonzept (GSK)
Vorlage: 07/SVV/0122

Herr Schubert bringt den Antrag ein. Anschließend verweist Herr Dr. Scharfenberg auf einen ähnlichen Antrag der Fraktion DIE LINKE. PDS, der abgelehnt wurde und fragt nach, ob der jetzt vorliegende Antrag der Fraktion SPD darauf gerichtet sei, Garagenflächen zu erhalten oder diese für andere Projekte „freizumachen“ und ob sich der Antrag auf alle Garagengrundstücke beziehe – also auf die städtischen und auch die der Pro Potsdam GmbH. Herr Schubert antwortet, dass man über alle reden und auch die „Pro Potsdam an den Tisch“ holen müsse. Der Antrag sei keine Vorbereitung „auf einen verträglichen Verkauf und eine pauschale Lösung“. Da man eine Lösung nur im Dialog finden könne, habe man darauf verzichtet, das im Antrag festzuschreiben. Herr Dr. Scharfenberg betont, dass nicht nur der Verkauf, sondern auch die Pachtverhältnisse betrachtet und

dies per Beschluss der StVV als klare Vorgabe an die Verwaltung gegeben werden soll. Das, so Herr Schubert, sei nicht ausgeschlossen.

Abschließend wird dahingehend Einigung erzielt, dass der Antrag in Absprache mit den Fraktionen modifiziert und in der StVV am 04.04.07 behandelt und abgestimmt wird.

zu 8 Antidiskriminierungsvereinbarung
Vorlage: 07/SVV/0123

Herr Schubert bringt den Antrag ein. Anschließend fragt Frau Dr. Schröter nach, ob es nicht die gesetzliche Verpflichtung dafür gebe und wenn ja, ob die Verwaltung hierzu bereits etwas vorbereitet habe. Herr Exner verweist darauf, dass das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) bereits vieles dazu abdeckt und nur ein kleiner Regelungsgehalt übrig bleibe. Auf die Nachfrage von Herrn Bretz, ob die Verwaltung für eine entsprechende Dienstvereinbarung den Beschluss benötige, sagt Herr Exner die Vorbereitung eines entsprechenden Papiers zu.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

1. Der Oberbürgermeister erarbeitet für die Beschäftigten der Landeshauptstadt Potsdam eine Antidiskriminierungsvereinbarung. Die Vereinbarung soll mit dem Personalrat angeschlossen werden.
2. Der Oberbürgermeister wird eine solche Vereinbarung auch für die städtischen Gesellschaften anregen.

Abstimmungsergebnis:
mit Stimmenmehrheit angenommen.

zu 9 Integriertes Stadtentwicklungskonzept (INSEK)
Vorlage: 07/SVV/0141

Da noch nicht alle Fachausschüsse dazu beraten haben, schlägt der Oberbürgermeister vor, die Drucksache zurückzustellen. Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

zu 10 Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung
Straßenumbenennungen im Zuge der Gemeindegebietsreform
Vorlage: 07/SVV/0217

Der Oberbürgermeister schlägt vor, die Vorlage in die betroffenen Ortsbeiräte zu überweisen, da diese sich im Vorfeld zwar mit den Änderungsvorschlägen schon befasst haben, zu den jetzt vorliegenden Vorschläge aber gemäß § 54a Abs. 1, Punkt 4 zu hören sind. Gegen diesen Vorschlag erhebt sich kein Widerspruch.

zu 11 Mitteilungen der Verwaltung

zu 11.1 Umsetzungskonzept zur Leitlinie Familienpolitik und Familienpass Vorlage: 07/SVV/0046

Frau Dr. Müller führt dazu aus, dass sich der Jugendhilfeausschuss mit der Mitteilungsvorlage befasst und es Hinweise und Fragen z.B. zur Evaluierung des Familienpasses, einer möglichen Ermäßigung beim ÖPNV in Verbindung mit dem Familienpass und seine Gültigkeit auch für gastgebende Familien gegeben habe. Diese Anregungen sollten bei der Fortschreibung des Konzeptes mit aufgenommen werden. Festzustellen sei, dass zum Punkt 3 des Beschlusses (... die organisatorischen und personellen Rahmenbedingungen zur Umsetzung der Leitlinien zu schaffen) entsprechende Ausführungen in der Mitteilungsvorlage fast vollständig fehlen. Man sei aber einig darüber, dass das Konzept ohne diese Rahmenbedingungen nicht zu bewerkstelligen sei; darüber hinaus fehle auch eine Zeitschiene für die Umsetzung. Herr Dr. Scharfenberg bemängelt, dass die entstehenden Kosten (außer Druckkosten) nicht aufgeführt seien. Im Weiteren fragt er nach, seit wann das Kinder- und Jugendforum „laufe“. Den kritischen Bemerkungen bezüglich der Kosten schließt sich Herr Schubert an. Die Kenntnis über Art und Höhe der Kosten sei wichtig, um die genannten Maßnahmen durch eine finanzielle Absicherung auch möglich zu machen.

Frau B. Müller merkt bezüglich des Kinder- und Jugendforums an, dass es seit Herbst letzten Jahres laufe und am 23. März zum zweiten Mal durchgeführt und durch die Potsdamer Kinder sehr gut angenommen wurde. Der Stadtjugendring und hier insbesondere Frau Pigorsch hätten das „gut auf den Weg gebracht“.

Frau E. Müller informiert bezüglich der entstehenden Kosten, dass Sponsorengelder eingeworben werden und es eine breite Unterstützung der Stadtwerke dazu gebe. Deshalb laufen außer den Druckkosten keine zusätzlichen Kosten auf. Konkrete Aussagen zur Umsetzung des Beschlusses im Punkt 3 seien erst mit der beschlossenen Haushaltssatzung 2007 möglich. Die personelle Besserstellung sei zwar beantragt, aber bis zur Beschlussfassung noch nicht gesichert.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 11.2 Petitionen, jahresmäßige Zusammenfassung Vorlage: 07/SVV/0109

Herr Exner erläutert die Mitteilungsvorlage. In der sich anschließenden Diskussion fragt Herr Dr. Scharfenberg, „ob das wirklich alle Petitionen seien“. Durch die geringe Anzahl könnte man auf eine hohe Zufriedenheit der Potsdamer Bürger schließen, die Erfahrungen zeigen jedoch eher etwas anderes. Er fragt nach, wie die Petitionen erfasst werden und wie viel Petitionen zum Denkmalschutz vorliegen. Herr Exner erläutert die auf der letzten Seite der Vorlage aufgeführte Definition einer Petition und verweist darauf, dass diese in den Geschäftsbereichen erfasst werden. Bezüglich der Nachfrage zur Anzahl der Petitionen im Denkmalsbereich antwortet Frau Dr. von Kuick-Frenz, dass es entsprechend der Statistik keine gebe; sie könne aber die Anzahl der Widersprüche in diesem Bereich als Information nachreichen.

zu 11.3 11. Beteiligungsbericht der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 07/SVV/0110

Die dazu von Herrn Mühlberg aufgeworfene Nachfrage zur „WD Gesellschaft für wasserwirtschaftliche Dienste mbH & CO KG bezüglich der Aufrechterhaltung einer Beteiligung der Stadt, wird bilateral zwischen Herrn Exner und ihm geklärt. Weitere Nachfragen gibt es nicht; die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 11.4 Bericht zur Stadtentwicklung und Stadterneuerung
Vorlage: 07/SVV/0145

Herr Dr. Scharfenberg fragt zum vorliegenden Bericht nach, wie die Stadt mit dem auf der Seite 3 genannten Leitbild „Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg“ und mit den Projekten, die im SEK wegen weiterem Diskussions- sowie Konkretisierungs- und Prüfungsbedarf „fehlten“, umgegangen werde. Im Weiteren fragt er, ob die auf der Seite 6 mögliche Überarbeitung der Werbesatzung für die Innenstadt zugunsten der Kulturwerbung so zu verstehen sei, dass entgegen früheren Aussagen der Verwaltung dies nun doch möglich sei; wann die so genannte Blechbüchse auf dem Alten Markt abgebaut werde; inwieweit der Oberbürgermeister seine Unterstützung für den Bau der Synagoge klarer fixieren könne und ob nach Auslaufen der jetzigen Fördermechanismen das Problem der Anschlussfinanzierung als Schwerpunkt mit aufgenommen werden sollte.

Frau Dr. von Kuick-Frenz macht in ihren Ausführungen darauf aufmerksam, dass es sich in dem Bericht um Probleme und Aufgaben sowie Strategien und Prioritäten für das Jahr **2007** handele und nur diese dort benannt wurden. Natürlich kümmere sich die Verwaltung parallel dazu auch um darüber hinausgehende Maßnahmen. Bezüglich der Blechbüchse informiert sie, dass diese verkauft und im Frühjahr/Sommer 2007 abgebaut werde. Zu den offenen Projekten des SEK verweist Frau Dr. von Kuick-Frenz darauf, dass derzeit mit „Hochdruck“ am INSEK gearbeitet und man sich anschließend wieder dem SEK und den Themen wie z.B. der Schienenanbindung Potsdam–BBI widmen werde.

Herr Goetzmann verweist darauf, dass die Ausführungen bezüglich der Überarbeitung der Werbesatzung so nicht zu verstehen seien und die Verwaltung auch weiterhin die Meinung vertrete, dass das rechtlich nicht zulässig sei. Trotzdem sei man davon ausgegangen, den dazu gefassten Beschluss der StVV mit aufnehmen und eventuell vorhandene Spielräume ausloten zu müssen. Im April werde dies in der Arbeitsgruppe erneut diskutiert. Bezüglich des Leitbildes soll die Darstellung als Denkanstoß dienen, da dies ein „sperriges Thema“ sei. Ist die Diskussion dazu fortgeschritten, werde in den Gremien der StVV darüber weiter berichtet.

Bezüglich der Ausführungen zur Überarbeitung der Werbesatzung meint Herr Bretz, dass dies im Bericht missverständlich sei und für Irritationen Sorge, da die Verwaltung eine mögliche Änderung bisher bestritten habe. Der Oberbürgermeister verweist auf die Ausführungen von Herrn Goetzmann, dass es sich hier um einen Auftrag der StVV handele, der in den Bericht mit aufgenommen wurde, auch wenn er nicht eins zu eins umsetzbar sei. Bezüglich der Anmerkungen zum Bau einer Synagoge betont der Oberbürgermeister, dass sowohl die Synagoge als auch die Garnisonkirche Projekte von großer Wichtigkeit seien und sich Vereine diesen mit großem Engagement widmen. Allerdings sei die öffentliche Unterstützung für den Bau einer Synagoge eher als gering einzuschätzen.

zu 11.5 **Einschätzung des Wirtschaftsförderkonzeptes** **Vorlage: 07/SVV/0157**

Herr Wendl erläutert eingangs an Hand visueller Darstellungen Schwerpunkte der Wirtschaftsförderung. Er geht dabei u.a. auf die aktuelle Übersicht zur Prognose-Studie, die Strategie der Stadt zur Förderung von Gründungen, Innovation und Technologietransfer, den Wirtschaftsfaktor Tourismus, die internationale Standortwerbung, die nationale und internationale Zusammenarbeit, die Flächennachfrage des produzierenden Gewerbes, die Entwicklung des Gewerbeflächenbestandes und die Kommunikation der Stadt mit den Wirtschaftseinrichtungen ein. Anschließend legt Herr Schütt die Auffassung der IHK dazu dar und betont, dass größtenteils die Einschätzung der Wirtschaftsförderung geteilt werde. Im Weiteren geht er auf die Bereitstellung von Gewerbeflächen ein und empfiehlt, diese schon in Planungsphasen mit vorzuhalten.

Anschließend beantwortet Herr Wendl die Nachfragen der Mitglieder des Hauptausschusses, so von Frau B. Müller zum Punkt 2.3 der Vorlage – wie sich die Projektfinanzierung entwickelt habe und wie die „Tourist Information“ am Brandenburger Tor angenommen wurde. Herr Wendl führt dazu aus, dass die Projektfinanzierung derzeit noch nicht ausreiche und seitens der Wirtschaftsförderung eine stabile Basisförderung angestrebt werde; die Tourismusinformatio sei ein „eindeutiger Erfolg“. Im Weiteren erinnert Frau B. Müller daran, dass sie um eine Einladung zu den Sitzungen des Tourismus Beirates gebeten habe. Das bestätigt der Oberbürgermeister, verweist aber darauf, dass bisher noch keine weitere Sitzung stattgefunden habe.

Herr Cornelius bewertet die Zusammenarbeit der AG Innenstadt mit der Verwaltung als sehr gut; es gebe intensive und fortlaufende Kontakte. Die Erfolge seien in der Innenstadt erkennbar und er hoffe, das werde auch zukünftig so sein.

Herr Dr. Scharfenberg empfiehlt, sich mit Fragen der Wirtschaftsförderung regelmäßig und nicht nur anlassbezogen zu beschäftigen. Er hinterfragt im Weiteren die Ausführungen auf der Seite 7 zu den Gewerbeflächen in den neuen Ortsteilen, die fehlende Anschluss-Straße zum Gewerbegebiet „Am Silbergraben“ und den Widerspruch zwischen der positiven Bewertung des Parkhauses in der Hegelallee im Bericht zum Wirtschaftsförderkonzept und der kritischen Wertung im Bericht zur Stadtentwicklung und Stadterneuerung. Darüber hinaus hege er Zweifel daran, dass die Aussage auf S. 33 zum Zinssubventionierungsprogramm realistisch sei.

Herr Wendl verweist darauf, dass die Bewertung der Wirtschaftsförderung bezüglich der Gewerbeflächen der neuen Ortsteile an deren Eignung festgemacht werde. Die Unternehmen orientieren sich eher auf das Stadtgebiet, da Kosten- und Zeitfragen insbesondere für kleinere Unternehmen von entscheidender Bedeutung seien. Die Fläche „Am Silbergraben“ sei leider nicht in kommunaler Hand, so dass der, der das Gewerbegebiet entwickle auch für die Infrastruktur Verantwortung trage. Die Stadt könne hier nicht finanzieren, da sie an der Vermarktung nicht beteiligt sei und demzufolge keinen Gewinn daraus erziele. Bezüglich der Parkhausauslastung sei die gewünschte Kontinuität noch nicht gegeben, da die Auslastung am Samstag sehr hoch, an den anderen Tagen nicht optimal sei. Bei der Zinssubventionierung müsse sich die Verwaltung an die EU-Richtlinien halten und die Möglichkeiten einer Förderung genau ausloten. Herr Schütt verweist auf die ab April 2007 angebotene „Brandenburgförderung“.

Frau Bankwitz merkt kritisch an, dass in „früheren Zeiten“ kein Gewerbepool geschaffen wurde und Potsdam nun mit der Konkurrenzsituation der Umlandgemeinden leben müsse.

Abschließend stimmt der Oberbürgermeister dem Vorschlag einer regelmäßigen jährlichen Berichterstattung zu. Er bedankt sich für die Ausführungen und informiert darüber, dass Herr Wendl demnächst in den Ruhestand gehen und eine Vorlage zur externen Ausschreibung der Stelle dem Hauptausschuss vorgelegt werde.

zu 11.6 Information über die Beratung mit den Ortsbürgermeistern

Herr Jetschmanegg informiert über die in der o.g. Beratung behandelten zwei Themen. So sei zum einen das INSEK vorgestellt und erläutert worden. Seitens der Ortsbürgermeister habe es die Anregung gegeben, das ILE-Konzept darin mit einzubinden. Im Weiteren ging es um einen Antrag zur Verwendung von Herbiziden, den der Oberbürgermeister in Abstimmung mit den Ortsbürgermeistern demnächst in die StVV einbringen werde. Die geltende Beschlusslage für die Stadt Potsdam verbiete die Verwendung von Herbiziden, was mit der Eingemeindung auch für die neuen Ortsteile gelte. Da hier aber landwirtschaftliche Betriebe nicht umhinkommen Herbizide zu verwenden, soll die Beschlusslage den tatsächlichen Gegebenheiten angepasst werden.

zu 11.7 Informationen zum G 8 - Gipfel

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßt der Oberbürgermeister Herrn Marshall vom Schutzbereich Potsdam der Polizei. Herr Marshall informiert über die Treffen der Umweltminister, der Finanzminister und der Außenminister, die in Potsdam stattfinden und die im Zusammenhang mit der EU Ratspräsidentschaft der Bundesrepublik stehen. Bezüglich dieser Veranstaltungen gebe es keine sicherheitsrelevanten Erkenntnisse. Die Fachministerkonferenzen seien in der Regel auch nicht Ziel der Globalisierungsgegner, so dass man von einer abstrakten Personengefährdung ausgehe. Im Weiteren stellt er die Abläufe und die zu erwartenden Verkehrsbeeinträchtigungen dar. Für den 30. Mai sein darüber hinaus eine Demonstration angemeldet.

Die Informationen werden zur Kenntnis genommen.

zu 11.8 Information zu Ordnungsbehördlichen Verordnungen der Landeshauptstadt Potsdam über mögliche Verkaufszeiten an - 1. Sonntagen aus Anlass besonderer Ereignisse für das Jahr 2007 sowie 2. Sonn- und Feiertagen zur Erfüllung besonderer Einkaufsbedürfnisse insbesondere von Touristen

Frau Kluge erläutert die für die nächste Sitzung der StVV ausgereichten Drucksachen

- 1. Ordnungsbehördliche Verordnung der Landeshauptstadt Potsdam über mögliche Verkaufszeiten an Sonntagen aus Anlass besonderer Ereignisse für das Jahr 2007 07/SVV/0256*
- 2. Ordnungsbehördliche Verordnung über mögliche Verkaufszeiten an Sonn- und Feiertagen zur Erfüllung besonderer Einkaufsbedürfnisse insbesondere von Touristen 2007 07/SVV/0256,*

die möglichst ohne Ausschussüberweisungen beschlossen werden sollen.

Die Informationen werden zur Kenntnis genommen.

neu Sondersitzung der Stadtverordnetenversammlung

Der Oberbürgermeister schlägt vor, zum B-Plan-Beschluss „Landtagsneubau“ und zur Haushaltssatzung 2007 (doppisch) eine Sondersitzung am 04. Juli 2007 durchzuführen. Bezüglich des B-Planes habe man ansonsten zeitliche Probleme, wenn dieser erst im September behandelt werde. Da die Sommerferien erst am 12. Juli beginnen, dürfte die Urlaubszeit dem nicht entgegenstehen. Behandelt werden sollten ausschließlich diese beiden Punkte.

Frau Bankwitz gibt zu bedenken, dass die Urlaubsplanung in den Unternehmen bereits Anfang des Jahres abgeschlossen wurde und es für den einen oder anderen schon problematisch sein könne, die Teilnahme zu sichern.

Gegen den Vorschlag des Oberbürgermeisters erhebt sich kein Widerspruch.

neu Kritik an der Bauverwaltung durch Günther Jauch

Der Oberbürgermeister betont eingangs, dass die Kritik Jauchs eine „herbe Schelte“ für die Bauverwaltung und somit die Verfahren sei und der Vorwurf sich darauf beziehe, wie seitens der Verwaltung Ermessensspielräume ausgelotet werden. Dieser Kritik hätten sich viele angeschlossen, so dass in der Bauverwaltung beraten wurde, wie mit dieser Kritik umgegangen werde. Anschließend erläutert Frau Dr. von Kuick-Frenz, dass in den vergangenen Jahren neue Strukturen geschaffen wurden, die auch einen Personalabbau ermöglichten. Trotzdem gebe es „Sand im Getriebe“ und man habe insbesondere die Abläufe betrachtet und wolle sie in Bezug auf Transparenz, Gleichbehandlung und Nutzung der Ermessensspielräume verbessern. Ebenso gehe es auch um eine bessere Information der Antragstellenden. Neben Gesprächen mit den Mitarbeitern, „denen man nicht zweimal“ begegnen möchte, seien auch Schulungen geplant, da sich auch die Bauverwaltung als Dienstleister verstehe. Darüber hinaus werde ein Beschwerdemanagement eingerichtet, um Kritiken zu sammeln und auszuwerten. Die Denkmalpflege werde in das Haus 1 der Verwaltung umziehen, um „alles unter einem Dach“ und eine „Verwaltung der kurzen Wege“ zu haben. Diese räumliche Veränderung sei sowieso notwendig, weil bekanntermaßen der Dachstuhl des Hauses in der Lindenstraße dringend sanierungsbedürftig sei, allerdings müssten dazu noch Detailfragen geklärt werden. Im Weiteren werde ein externes Team die Akten der Denkmalpflege begutachten.

Unabhängig von den Maßnahmen im Zusammenhang mit der Kritik Jauchs werde seit einem viertel Jahr daran gearbeitet, den Fachbereich Stadterneuerung und Denkmalpflege umzustrukturieren und die Aufgaben in Richtung eines Projektmanagements zu entwickeln. Diese Strukturveränderungen erfolgen im Einvernehmen mit den Kolleginnen und Kollegen also auch mit dem bisherigen Fachbereichsleiter Herrn Dieter Lehmann.

In der sich anschließenden Diskussion äußert Herr Bretz, dass er für die von Günther Jauch geübte Kritik sehr dankbar sei, da es Anzeichen für die angesprochenen Mängel schon „seit längerem und langem“ gegeben habe. So wurden die Probleme bei der Bearbeitung von Bauanträgen an Hand von Beispielen deutlich

gemacht. Er kritisiert, dass sich die Beigeordnete „nicht vor ihre Leute stelle und die Verantwortung für die Kritik als politische Führungskraft nicht übernehme“. Herr Cornelius verweist darauf, dass Herr Jauch ausdrücklich betont habe, dass sich seine Kritik auf bestimmte Schwerpunkte beziehe. Im Ausschuss für Stadtplanung und Bauen sei der Bauverwaltung eine aktive und problemorientierte Arbeit bescheinigt und positive Einzelfälle gewürdigt worden.

Herr Dr. Scharfenberg meint, dass die Kritik Jauchs eine große Wirkung über die Stadtgrenzen hinaus und auf die Verwaltung insgesamt erzielt habe. Sicher sei die Stadt ein Dienstleister und es sei darauf zu achten, dass diese Aufgabe auch erfüllt werde. Er kritisiert die Beigeordnete, die die Stadtverordneten mit dem geschaffenen Bauservice und der Aussage, „es gebe keine Probleme“, bisher „abgespeist“ habe. Er wolle schon genau erfahren, inwieweit es konkrete Vorwürfe gab, die sich auch bestätigt haben. Zukünftig sei auf eine ständige Evaluierung der Verwaltungstätigkeit zu dringen und die Kundenzufriedenheit ständig zu erfragen. Ergebnisse von Strukturveränderungen seien den Stadtverordneten nie zur Kenntnis gegeben worden und die jetzt geübte Kritik sei nicht nur die an der Beigeordneten, sondern auch an den Oberbürgermeister.

Frau Dr. von Kuick-Frenz entgegnet, dass sie sich selbstverständlich vor ihre Leute stelle und betont, dass das Aussehen der Stadt auch ein Verdienst der Arbeit der Verwaltung sei. Auch habe sie die Stadtverordneten nicht mit dem „Bauservice abgespeist“; es sei immerhin gelungen, den Antragsstau abzubauen und 7 Stellen abzubauen. Daneben gebe es weitere Indizien für eine erfolgreiche Arbeit, wie z.B. die Verkürzung der Bearbeitungsdauer und die Steigerung der Einnahmen, was auch für den Denkmalbereich gelte.

Auf die Bemerkung bezüglich der persönlichen und politischen Verantwortung der Beigeordneten entgegnet der Oberbürgermeister, dass Frau Dr. von Kuick-Frenz das in ihren Ausführungen getan und die nun eingeleiteten Maßnahmen benannt habe.

Frau Bankwitz betont, dass der Oberbürgermeister, die Stadtverordneten und die Verwaltung „zusammen gehören“. Im Ausschuss für Stadtplanung und Bauen habe es ebenfalls kritische Anmerkungen gegeben; Schlussfolgerungen daraus konnte man zumindest im Ausschuss nicht wahrnehmen. Auf ihre Nachfrage, inwieweit Antragsteller in der Lage seien, den Stand der Bearbeitung ihrer Anträge nachzuvollziehen, verweist Herr Goetzmann auf die elektronische Bauakte.

Frau Dr. Schröter führt aus, dass sie die Wortwahl des „Köpfe Rollens“ für sehr bedenklich halte und fragt Frau Dr. von Kuick-Frenz „wie viele sie noch aus dem Weg räumen wolle, da nicht mehr viel da seien“. Jauch habe „bildliche Kritik“ geübt; nun wolle sie wissen, was konkret falsch gelaufen sei.

Der Oberbürgermeister entgegnet, dass er die Worte des „Köpfe Rollens“ nicht gebraucht und Frau Dr. von Kuick-Frenz gesagt habe, es soll nicht der Eindruck entstehen, dass „Köpfe rollen“. Die Bauverwaltung habe erkannt, dass Mängel vorhanden seien, an denen gearbeitet werde. Die geübte Kritik ermuntere natürlich, sich „anzuhängen“. Am kommenden Freitag werde es mit den Mitarbeitern eine Teilpersonalversammlung geben, in der sich alle und nicht nur Einzelne mit der Kritik auseinandersetzen werden. Beispiele, worauf sich die Kritik von Günther Jauch konkret beziehe, könne er nur im nicht öffentlichen Teil ausführen. Der Oberbürgermeister stellt abschließend fest, dass es ihm nicht um die geübte Kritik eines Prominenten gehe, sondern um den entstandenen Eindruck der Willkür. Das bedarf einer Prüfung durch externe Fachleute, insbesondere im Denkmalbereich und werde in Form gezielter Stichproben erfolgen.

zu 12 **Sonstiges**

Herr Exner informiert über das Vorhaben seines Geschäftsbereiches, mit den Stadtverordneten einen Workshop zur Doppik noch vor Einbringung des entsprechenden Haushalts durchzuführen. Er schlägt dafür den 07. Mai 2007 an Stelle der Fraktionssitzungen vor. Veranstaltungsbeginn, -ort und -dauer werden noch bekannt gegeben.

Gegen den Vorschlag erhebt sich kein Widerspruch.

Herr Dr. Scharfenberg kritisiert, dass die Mitteilungsvorlage zum Tagesordnungspunkt „Aufträge an den Oberbürgermeister“ immer sehr spät ausgereicht werden. Das sei unverständlich, da die entsprechenden Fachbereiche oft über Monate den Termin kennen und einen entsprechenden Vorlauf schaffen können. Für die Stadtverordneten bleiben nur wenige Tage, um alle Unterlagen zu lesen. Dieser Kritik schließt sich Frau Dr. S. Müller an und fragt nach den Berichten der Beauftragten. Auch sie wüssten seit einem Jahr, dass eine Berichterstattung anstehe. Ebenso unterstützt Frau B. Müller die Kritik und fordert den Oberbürgermeister auf, die Mitteilungsvorlagen zukünftig spätestens am Montag nach Antragschluss vorzulegen.